

Danziger Zeitung.

№ 8324.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettelhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 S. Auswärts 1 R. 20 S. — Inserate, pro Zeile 2 S., nehmen an: in Berlin: S. Albrecht, A. Kretzschmar und H. Hoff; in Leipzig: Eugen Fort und S. Engler; in Hamburg: Hasenhein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schüller; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchh.

1874.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Basel, 21. Jan. Den „Baseler Nachrichten“ zufolge sind fast sämtliche abgesetzte Geistliche des Amtsbezirks Pruntrut im Berner Jura in die benachbarten französischen Ortschaften geflüchtet.

London, 21. Jan. Lord Russell erklärt in einem Schreiben an Sir John Murray, daß er sich außer Stande sehe, in dem protestantischen Meeting am 27. den Vortritt zu übernehmen. Lord Russell nimmt in dem Schreiben Bezug darauf, daß er stets das Prinzip der Religionsfreiheit und der Gleichheit aller Confessionen bekannt habe und daher den in England durch den Erzbischof Manning vertretenen Bestrebungen des Katholicismus habe entgegengetreten müssen, welche nur darauf abzielten, eine Unterordnung unter die ebenso despotische wie fehlbare Priesterherrschaft herbeizuführen. Die Grundsätze, welche mich verpflichteten, die Freiheit aller Religionen zu verfechten, verpflichten mich auch, gegen eine Verschwörung zu protestiren, deren Ziel die Fesselung Deutschlands ist. Ich erkläre daher in Gemeinschaft mit allen Freunden der Freiheit und hoffentlich mit der überwiegenden Majorität der englischen Nation, daß ich mich nicht länger als Verfechter der bürgerlichen und religiösen Freiheit betrachten könnte, wenn ich nicht meine Sympathien für den deutschen Kaiser in dem edlen Kampfe, welchen derselbe gegen den Ultramontanismus unternommen hat, ausdrücken würde. Seine Sache ist die der Freiheit. Die Sache des Papstes ist die der Knechtung.

Danzig, den 22. Januar.

Die Ergänzung der Kirchengesetze besteht aus zwei Entwürfen, von denen der eine den Grundriss durchführt, daß diejenigen, welche in einem erledigten Bisthum bischöfliche Rechte ausüben wollen, ebenfalls unter das Mai-Gesetz fallen, sie müssen ihre geistliche Befähigung nachweisen, die Anzeige beim Oberpräsidenten erstatten, und einen ausdrücklichen Eid auf die Gesetze des Staates leisten. Kommt die Wahl eines Bischofsverwesers nicht innerhalb der festgestellten Frist zu Stande, so hat der Kultusminister die Befugnis, einen Commissar zu ernennen, der in allen vermögensrechtlichen Beziehungen die bischöflichen Rechte ausübt; außerdem aber kann der Kultusminister durch Zurückbehaltung der Staatsmittel an die Mitglieder des Domcapitels die Wahl eines Verwesers nach den gesetzlichen Vorschriften erzwingen. Der zweite Entwurf verbessert die Maigesetze dahin, daß auch, was bisher fehlte, die Unterlassung der Anzeige geistlicher Ernennungen an den Oberpräsidenten jetzt mit Strafe belegt wird. Außerdem wird die PreSSION der Regierung hinsichtlich der Wiederbesetzung erledigter geistlicher Stellen verstärkt, indem die Beschlagnahme des Vermögens der Stelle im Falle ungeleglicher Ernennungen angeordnet wird. Es sind diese neuen Vorschriften theils eine präzisere Fassung, theils eine notwendige Ergänzung der alten Bestimmungen.

Auswärtige Blätter beschäftigen sich lebhaft mit dem Doppelthema unserer Reichstagswahlen und der antinationalen Haltung der

Ans Berlin.

(Schluß.) Doch ist selbst ein Gang durch unser Museum nicht ganz gefahrlos. Passiren dort auch nicht offene Raubfälle mit Revolver und Messerfischen, so mehr sich in bedenklicher Weise die Zahl der Taschendiebe, welchen die strengere Aufsicht der Schutzeleute das Gewerbe auf offener Straße erschwert und die nun in den warmen, meist von ahnungslosen Fremden frequentirten Räumen ihre Kunst treiben. Aber das ewig wache Auge des behagigen Herrn v. Madai dringt auch bis hierher, seine Detectives flanimen ungekannt zwischen Gemälden, Statuen und Gypsfiguren umher, wachsam auf jeden Taschenvirtuosen. Ueberhaupt merkt man, wenn auch die verfügbaren Kräfte nicht ausreichen, wenigstens Eifer und guten Willen unserer Polizeidirection, um die heillosen Zustände der Hauptstadt zu curiren. So war es längst offenes Geheimniß, daß unmittelbar vor dem Eingange ins Museum im Lustgarten die Bauernfänger ihr Hauptquartier aufgeschlagen hatten, eifrig der Beute harmloser Fremden nachspürend, an jeden sich drängend, der sich als solcher durch ein rothes Buch verräth. Ist habe ich mir mit einigen Freunden den Spaß gemacht, irgend einen alten Bader in der Hand, die Stufen der Museumstreppe hinaufzuführen, stets liebenswürdig begrüßt und treuherzig mit gutem Rathe versehen von einem der, übrigens ganz anständig gekleideten, Kämmerer, die dort umherliefen. Jetzt sind die Schutzeleute angewiesen, jeden Fremden, den sie in Gesellschaft eines solchen Bauernfängers treffen, darauf aufmerksam zu machen, in welchen Händen er sich befindet. Manch dicker kleinstädtischer Provinzial-Stadtrath oder Gutsbesitzer fährt entsetzt zurück bei der Mittheilung, daß er Freundschaft mit einem notorischen Strolche geschlossen habe. Fährt die Polizei nur mit gleicher Energie fort, so muß bald der schreckenerregende Sicherheitszustand Berlins sich bessern. Hat sie doch kürzlich in einer einzigen Nacht 28 Verbrecher in flagranti abgefaßt und bei diesem selben reichen Fischzuge zugleich einige 30 feiner jungen Damen, welche Berlin in anderer Weise unsicher und verurufen machen, gefangen und in gastliche Obhut genommen. Man

clerikalen, wie sie in dem Auftreten Mallinckrodt's sich kundgibt. Selbst das demokratische „N. W. Tagebl.“ findet es „unerhört, daß in einer deutschen Versammlung deutsche Abgeordnete den Schöpfer und Repräsentanten der nationalen Einheit der Ruchlosigkeit und des Verrathes anklagen. Kein Italiener, kein Franzose wäre einer solchen Handlungsweise fähig gewesen. Der deutsche Ultramontanismus hat in Schamlosigkeit und Vaterlandsfeindschaft das Unerreichbare geleistet.“ Und dieser Ultramontanismus hat ein Volk, an dessen Loyalität kein Zweifel berechtigt ist, so aufzuwühlen verstanden, daß es offenbare Landesfeinde in großer Zahl zu Volksvertretern wählte. Mit diesem Wahlerfolge hat aber, davon sind wir fest überzeugt, die schwarze Truppe ihr Aeußerstes erreicht, das Volk muß sich ernüchtern, muß das freibetende Spiel, dessen Beute es geworden, erkennen, das wird sich sicher zeigen, wenn wir in drei Jahren wieder wählen. Rom will einen Religionskrieg, erst mit Worten, dann mit Waffen. Preußen hat dies erst spät erkannt, spät wenigstens dagegen mobil gemacht. Jetzt, da es ernstlich will, muß es siegen und auch das katholische Volk zum Staat stehen, wenn es erst erkennt, wozu es von den römischen Aufwühlern sich hat mißbrauchen lassen.

Auch Oesterreich kann diesem Kampfe nicht ganz fern bleiben. Selbst diese katholische Macht, selbst der kaiserliche Jüdling des Cardinal Rauscher sieht sich genöthigt, Grenzen abzustechen, über welche hinaus er die Priestergeißel nicht in die staatliche Hinfüßigkeit lassen kann. Formelle Aufhebung des Concordats, staatliche Aufsicht und Genehmigung für Klöster und geistliche Corporationen, gesetzliche Anerkennung tolerirter Religionsgesellschaften sind zwar erst geringe Abschlagszahlungen, aber man wird bald weiter gehen müssen, denn die Curie selbst thut uns ja überall den Gefallen, unersöhnlich aufzutreten und damit die Staatsgewalt zu entschiedenem Vorgehen zu treiben.

Frankreich's Regierung steht noch vor der Entscheidung. Denn die Erklärungen für Italien besagen wenig, so lange man ihnen nicht Thaten folgen läßt, nicht mindestens das Kriegsschiff wegruft, welches den Papst gegen die Italiener beschützen soll. Und daß die Suspension des „Univers“ nur auf die ersten Vorstellungen Bismarck's erfolgt ist, beweist Broglie schon dadurch, daß er sich selbst bei Herrn Venillot darüber entschuldigt. Und schwer genug scheint sogar die Erfüllung dieser Forderung der Regierung geworden zu sein, deren es doch nicht bedurft haben sollte, wenn es Frankreich Ernst mit dem Frieden und der guten Nachbarschaft gewesen wäre. Bismarck selbst hat die Versäiler darauf hinweisen müssen, daß das abzunehmende Rumschreiben an die Bischöfe nicht ein Tadel, sondern nur eine Warnung gewesen, daß es Gesetze gebe, um den Mißbrauch der geistlichen Amtsgewalt zu strafen. Frankreich wird allmählig lernen müssen, sich dem internationalen Comment zu fügen, Verpflichtungen gegen die Nachbarn selbst zu erfüllen, die es früher, gestützt auf seine „prépondérance“, stets von diesen, streng gefordert hat. Vielleicht wird ihm das zum Heile, wenn dadurch die Spaltung des Cabinets mit der

hofft nun nach dem Hinscheiden einer hohen Frau, welche allen Einfluß aufgeboren haben soll, um eine angemessene, gesetzliche Regelung und Ueberwachung der Prostitution, wie die Größe der Stadt sie verlangt, zu hindern, daß endlich die öffentlichen Straßen von diesem unsaubern Handwerk und seinem ungerirten Betriebe befreit werden dürften.

Die Kunst, um zu ihr, ihren Neuerungen und Werken wieder zurückzukehren, leidet hier noch immer gar arg unter der bureaukratischen Bevormundung, die ihr Wirken zwar am wenigsten verträgt, aber doch länger erlauben zu sollen bestimmt scheint, als andere Gebiete des Staatslebens, welche man mehr und mehr von dieser Fessel befreit. Unsere Maler suchten diesen Anlauf zur Selbstverwaltung auch für sich auszunutzen und befürworteten, daß das Directorat der Akademie mit einem der ihrigen, aber nicht wieder mit einem Geheimrath besetzt werde. Anton v. Werner war dazu vorgeschlagen. Nun verlautet, daß im Kultusministerium die bureaukratischen Interessen wieder über die künstlerischen die Oberhand gewonnen haben sollen und die Berufung Werner's aussichtslos sei. Ja selbst das künstlerische Wirken dieses genialen Malers, voll kühner Phantasie und patriotischem Pathos, versucht man zu lähmen. Es ist leider jetzt auch die Ausführung seines meisterhaften Cartons für das Siegesdenkmal in Frage gestellt. Der Künstler hatte die letzte Ueberarbeitung vollendet. Der Carton sollte nach Venedig abgehen, als nachträglich die erheblichsten Abänderungen verlangt wurden, zu denen Werner sich nicht verstehen will. Auch diesen Zwischenfall bringt man vielseitig mit jenen bureaukratischen Einflüssen in Verbindung. Aber Fall ist hoffentlich nicht der Mann, der von ihnen ungeprüft eine ewig gültige Entscheidung treffen läßt. Ihr Carnevalsfest wollen die Künstler diesmal ganz unter sich feiern und das ist sehr weise. Zuletzt war dasselbe schon in ein fast öffentliches Schauspiel ausgeartet, auf dem Börsen-Macé und jene Leute, die stets bei Allem dabei sein müssen, eine gewisse, wenn auch nur passive, Rolle spielten. Am ersten Februar-Sonnabend findet das interessante Fest, zu dem

äußersten Rechten unheilbar und seine Annäherung an die gemäßigten Republikaner notwendig wird.

England entschließt sich endlich, die Bedeutung des Kampfes zwischen Kaiser und Papst zu würdigen und einzusehen, wie in dem begonnenen Culturkampf Deutschland die Rolle eines Vorkämpfers staatlicher Unabhängigkeit und moderner Geistesfreiheit zugefallen sei. Lange hat es damit gedauert. Noch vor wenigen Monaten erklärten die Herren Bettern mit bekannter Hochmuth, daß sie schon vor 300 Jahren unter Heinrich VIII. dahin gekommen wären, wonach wir heute streben. Das Bischen Reformation, die Bedeutung der geistigen Bewegung Deutschlands wurde von ihnen ignoriert. Sie sehen und verstehen nur die dynastische Seite in jenen Kämpfen. Einsicht und Beförderung kann aber niemals zu spät kommen.

Deutschland.

△ Berlin, 21. Januar. Der Reichskanzler hat dem Bundesrathe nunmehr das Material für die Bankgesetzgebung zugehen lassen. Es ist ein ungemein umfassendes Volumen von einigen achtzig Druckbogen und enthält eine Uebersicht der gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen über Zettelbanken und Banknoten-Ausgabe in Deutschland nebst einer Sammlung der Statuten der deutschen Zettelbanken. Die Uebersicht verbreitet sich im ersten Titel über Bestand, Grundverfassung, Betriebsfonds und Geschäftskreis der 34 deutschen Zettelbanken, von denen 12 Institute auf Preußen, 1 auf Bayern, 5 auf Sachsen, 16 auf die übrigen Bundesstaaten mit je 1 Bank kommen. Ein zweiter Titel verbreitet sich über das Notenprivilegium der deutschen Zettelbanken. Daran reiht sich eine vergleichende Zusammenstellung des Notenumlaufs und Baarvorraths der deutschen Notenbanken und endlich folgen als Anlage die Statuten sämtlicher deutschen Notenbanken. — Die Erhebungen, welche die Regierung über Angemessenheit und Nothwendigkeit eines gesetzlichen Schutzes der in Fabriken beschäftigten Frauen und Minderjährigen gegen Sonntagsarbeit, sowie gegen übermäßige Beschäftigung an den Markttagen angestellt und deren Ergebnisse sie dem Bundesrathe mitgetheilt hat, haben als notwendig die Beschaffung einer Uebersicht bezeichnet, welche, nach Indutrien geordnet, nachweist: die Zahl der in Betracht kommenden Arbeiterinnen mit Angabe des Procent-satzes der Verheiratheten, die Arbeitszeit nach Jahres- und Tageszeit geschieden, die Lohnsätze; ferner eine Zusammenstellung der hervorgerretenen Uebelstände, Mittel zur Abhilfe; endlich eine Erörterung der Durchführbarkeit der wünschenswerthen Maßregeln und der Bedenken dagegen. Man will hauptsächlich in das Auge fassen: eine engere Begrenzung des Anfangs- und Endtermins der täglichen Arbeit, eine Controle durch Anzeige dieser Termine an die Aufsichtsbehörden, eine Beaufsichtigung bezüglich der Benutzung der Pausen seitens der Arbeiter, die Frage, ob auch Minorennen, welche das 16. Lebensjahr überschritten haben, durch besondere Maßnahmen gegen Ueberbürdung zu schützen seien, endlich die Anstellung von Fabrik-Inspectoren.

— Im Handelsministerium ist man, wie man der „Voss. Z.“ mittheilt, gegenwärtig mit der

schon geheimnißvoll eine Menge Vorbereitungen getroffen werden, statt, aber außer dem Verein der Berliner Presse soll Niemand dazu Einladung erhalten.

Die Musik triumphiert, obgleich die besten heimischen Künstler, wie Joachim, ihre Saiten beendet haben, noch immer über alle andern Kunstzweige. Wachtel erregt das Entzücken der Opernfreunde und Billethändler durch die Frische seiner unverwundlichen Stimme, die einen fünftägigen Wehrheber spielend absolvirt. In die Singakademie zieht Ullmann jetzt das große Berlin zu seinen internationalen Virtuosen-Debaketten. Es ist jedenfalls interessant und instructiv, alle Nationen auf engem Gebiete zu musikalischen Wettkämpfen vereint zu sehen, jede mit einer Vertretung ersten Ranges, jede in ihrer eigenen Kunstspecialität wirkend. Voran steht diesmal nicht Frankreich, sondern Italien mit der Trebelli, die allerdings in Paris von Bartel gebildet, doch entschieden das italienische Genre cultivirt. Weit im Hintertreffen befindet sich Frankreich mit Mlle. Singele, ohne viele, ohne schöne Stimme, mit zwar feelosem aber phantem Vortrage und einer kalten wahrhaft halbscherischen Technik. Anna Regan, die deutsche Viedersängerin, mit dem kleinen aber so sympathischen Organ und dem amuthigen geschmackvollen Vortrage, ist unsere liebe alte Bekannte und wurde jedesmal als solche stürmisch begrüßt, begeistert um ein Zugabe-Liedchen gebeten. Als schlauner Unternehmer vertraut Ullmann den gesanglichen Theil seiner Concerte nur weiblichen Kräften an, er weiß, daß diese am meisten anziehen. Auch den Clavierpart absolvirt eine Dame Sofie Menter, Eist's beste, wenigstens geliebteste Schülerin, nach des Meisters Anspruch. Jedenfalls kann die Dame für eine der bedeutendsten Pianistinnen der Gegenwart gelten, nicht nur Eist'sche Bravour ist ihre Sache, gleich bewundernswürth spielte sie am ersten Abende ihren Part in Beethoven's C-moll-Trio. Ihr Gatte Herr Popper und Fibor Lott, der geniale polnische Geiger, wirken in Cello und Violine mit. Das Concert war wie alle seine Vorgänger unter derselben Firma, ungemein unterhaltend, interessant und

Frage der gesetzlichen Regelung der Beschäftigung von Frauenpersonen in Fabriken beschäftigt. Es sind seitens der Regierungen u. bereits sorgfältige Ermittlungen darüber angestellt worden, inwiefern sich bei der Beschäftigung von Frauen in den Fabriken Missethände ergeben haben, welche eine Abhilfe durch Gesetz erforderlich machen, ferner welche Bestimmungen sich als wünschenswerth herausgestellt haben, ob namentlich allgemeine Vorschriften über die zulässige tägliche Arbeitszeit im Bedirfnis liegen, ob endlich dem Erlasse solcher Vorschriften mit Rücksicht auf die Verhältnisse der Industrie und die wirtschaftliche Lage des Arbeiterstandes Bedenken entstehen.

— In Folge der in Gemäßheit der nun in's Leben getretenen Kreisordnung erfolgten anderweitigen Einrichtung der Polizeiverwaltung sind 54 interimistische Domainen-Polizei-Verwalter und 137 auf Kündigung angestellte Amtsbienner und Gefangenwärter in denjenigen Landestheilen, in welchen dem Domainen-Fiscus die Polizeiverwaltung in den Domainen-Ortschaften bisher oblag, verfügbar und sind demgemäß auf Grund des § 83 des Disciplinar-Gesetzes vom 21. Juli 1852 aus ihren bisherigen Stellungen entlassen worden. Nun muß aber diesen Beamten bis zu ihrer Wiederunterbringung oder anderweitigen Sicherung ihrer Existenz eine Beihilfe gewährt werden, welche, wie der Minister beantragt hat, nach den jebeimaligen concreten Verhältnissen mit der Maßgabe abgemessen werden soll, daß durch dieselbe der Betrag nicht überschritten werden soll, welchen die in Rede stehenden Beamten im Falle ihrer festen Anstellung als Quartgeld beziehen würden. Der in Betracht kommende Betrag ist auf 10,000 Thlr. bemessen.

— In Berlin ist von liberaler Seite der Vorschlag gemacht, für die Nachwahlen im Lande einen Elsäßer als Candidaten aufzustellen, der auf dem Boden des Frankfurter Friedensschlusses steht und Front gegen die separatistische Franzosenpartei im Reichstage zu machen gedenkt. Dem Vernehmen nach seien für die Nachwahlen zwei Elsäßer in's Auge gefaßt worden, welche die angeordneten Bedingungen erfüllen würden, und von denen Einer (ein liberaler katholischer Geistlicher) in den nächsten Tagen hier eintreffen wird. Derselbe beabsichtige der Fraction der Fortschrittspartei beizutreten.

— Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin hat sich nach einem sehr kurzen Aufenthalt von hier wieder nach Schwerin begeben. Seine Gattin lebt entweder hier oder bei ihrem Bruder Prinz Albrecht in Hannover.

— Die Klage des Bankdirectors Schuster wegen Aufhebung des Concurres über das Vermögen der Pommer'schen Centralbahn ist vom Stadtgericht abgewiesen. Kläger hat appellirt.

— Die hiesige Commandantur hatte heute zur Abhilfe des Sekerstrife's in der Druckerei des Abgeordnetenhauses 48 Sezer zur Fortführung der Arbeiten beordert.

— Am Montag starb auf seinem Gute das bekannte altconserervative Herrenhaus-Mitglied v. Baldow-Steinhöfel, Landrath des Kreises Saatzig.

brachte allen Geschmacksrichtungen etwas. Den die Lieder der Regan nicht ergreifen, der staunt über die Violin-Capriolen Lott's, dieser errent sich an dem edlen großen Stil Popper's und seiner Gattin Sofie Menter, jener wieder bewundert nicht nur die prachtvollen Brillanten der Trebelli, sondern auch ihre meisterhafte Methode, den künstlerischen Vortrag und den Umfang der Stimme, den die Sängerin auf Kosten derselben nach der Höhe hin noch zu erweitern sucht. Auch die zierliche Singele findet ihr Publikum in den bunten Reihen, die zu Ullmann nicht nur kommen um zu hören, sondern wie zu einer glänzenden Soirée, in welche der Wirth Notabilitäten ersten Ranges geladen hat. Eigentliche Concertstimmung herrscht nicht in der Sing-Akademie, wenn Ullmann einzieht.

Von den Kunststücken des Concertsaals zu denen des Circus ist eigentlich nur ein Schritt. Salamonst hat seinem Concurrenten Reiz nicht nachsehen wollen, auch in Wohlthätigkeit nicht. Jener arbeitete einen Abend für die Unterstützungsfasse der Presse, dieser übertrumpft ihn, indem er seine zwei- und vierfüßigen Virtuosen für die Invaliden des Krieges ihre Productionen ausführen läßt. Natürlich war es auch hier gedrückt voll, selbst den Unerfährlichsten mußte ein Programm genügen, welches mit equestriellen Hochgenüssen fast volle vier Stunden ausfüllte. Dieses Wettrennen um die Gunst des Publikums zwischen beiden Bereitertruppen treibt jeden zu fabelhaften Anstrengungen. Reiz hat zu dem Zwecke Pantomimen und Ballet seinen Vortrillungen zugelegt, Salamonst unterbricht die famosen Reiterkünste durch Vorführung dressirter Elephanten und hat jetzt eine ganz neue Gesellschaft für seinen Circus engagirt. Vor wenigen Tagen langte per Extrazug, von Zürich kommend, die Kunstreiter-Gesellschaft des Herrn Antony hier an. Dieselbe zählt 58 Personen und 45 Pferde und ist in ihrer Gesamtheit von Salamonst für dessen Circus in der Markthalle engagirt, woselbst sie ihre Vorstellungen jetzt beginnt. Berlin hat also keinen Mangel an circensischen Spielen; wenn nur das Brod etwas reichlicher und billiger wäre, so könnten wir uns wohl mit den alten Römern messen,

Landsberg a. W., 19. Jan. Gestern ist der hiesige katholische Pfarrer Klein (angehört) angestellt vom Breslauer Fürstbischöf, nachdem die im Dezember v. J. wegen widerrechtlich ausgeführter Amtshandlungen über ihn verhängte Geldstrafe per Exequution nicht einzutreiben gewesen, er selbst aber während der offenen gelassenen Frist sich nicht gestellt hatte, verhaftet und auf 1 Woche in das Gefängnis gesteckt worden. Eine zweite Anklage gegen ihn ist im Gange.

Karlsruhe, 21. Jan., Nachm. Nach zweitägiger Verhandlung hat die Abgeordneten-Kammer heute das Ergänzungsgesetz zum Kirchen-gesetze angenommen. Dasselbe fordert für die Be- kleidung eines kirchlichen Amtes und die Ausübung kirchlicher Functionen die Ablegung einer Staats- prüfung und enthält ferner Bestimmungen über die Schließung der Convente für Knaben und Studierende, so wie über die Sicherung des Wahl- rechts gegen kirchliche Beeinflussung. Dem Gesetze sind Strafbestimmungen beigegeben, welche die Aus- führung desselben sicherstellen, und kann darnach gegen einen Geistlichen, nach zweimaliger Berufung desselben, durch einen gemeinsamen Ausspruch des Staatsministeriums und eines aus drei Richtern bestehenden Collegiums auf Entziehung des geist- lichen Amtes erkannt werden. (W. T.)

Straßburg, 21. Jan. An Stelle des zurück- getretenen Candidaten der elsässischen Partei, Berg- mann, ist von letzterer Advokat-Anwalt Bezirksrath Ferdinand Schneegans als Candidat aufgestellt worden. Die elsässische Partei ist zu der Aufstel- lung eines neuen Candidaten durch das enge Bünd- niß der französischen Partei mit den Ultramontanen veranlaßt und entschlossen, den Bestrebungen dieser beiden Parteien, in welchen sie eine Gefahr für das Land sieht, den äußersten Widerstand entgegenzu- setzen. — Das deutsche Wahlcomité hat einen Candidaten definitiv noch nicht bezeichnet, wird aber, dem Vernehmen nach, ebenfalls Schneegans auf- stellen.

Schweiz.

Bern, 21. Januar. Der päpstliche Nun- tius hat im Namen seiner Regierung mittelst Note vom 17. d. M. gegen die Aufhebung der päpstlichen Nuntiatur in der Schweiz protestirt.

— Aus Zürich schreibt man dem Berner „Bund“: Die hiesige Colonie der russischen Studentinnen schmolz schon im letzten Herbst in Folge des Was gegen die Züricher Universität gewaltig zusammen. Bekanntlich werden Studentinnen, welche nach Neujahr 1874 an unserer Hochschule noch Vor- lesungen anhören, bei ihrer Rückkehr nach Ruß- land zu keinerlei Staatsprüfungen zugelassen. Vor Neujahr haben noch 4 der Damen ihr Rigo- rosum ganz ehrenvoll bestanden und sind 8 feierlich zu Doctoren der Medicin, Chirurgie und Geburts- hilfe ernannt worden. Ebenfalls vor Neujahr unterzog sich eine russische Dame der Fachlehrer- Prüfung an der Lehranstalt unserer Univer- sität und trug ein mit den besten Noten ausge- stattetes Diplom davon. Mittlerweile sind aus an- deren Staaten Damen in unsere Lehranstalt ein- getreten, um sich dem Studium der Naturwissen- schaften, Mathematik und pädagogischer Kurse hinzugeben. Wie wir hören, ist von der Erziehungs- direction beschlossen worden, künftig auch an Lehrerseminar in Rüschach weibliche Aspiran- ten zur Theilnahme an den regelmäßigen Klassen- cursen zuzulassen, und zwar ohne Trennung nach dem Geschlecht. Unsere bisherigen Erfahrungen an der Universität lassen in dieser Richtung keine Beschränkungen mehr zu.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 21. Januar. In der heutigen Sitzung des Reichsraths sind die confessionellen Gesetzesvorlagen eingebracht worden, und wird über den Inhalt derselben folgendes Nähere mit- geteilt: Der erste Gesetzesentwurf, welcher von der Befegung der Kirchenämter und Priester handelt, hebt das Concordat formell auf. Jede Befegung muß der Staatsbehörde angezeigt werden und kann eventuell inhibirt werden. Die Bischöfe sind ver- pflichtet, ihre Erlasse gleichzeitig mit der Publica- tion derselben der Staatsbehörde mitzutheilen. Kirchliche, den Gottesdienst betreffende Anord- nungen können aus öffentlichen Rücksichten unter- sagt werden. Der Gesetzesentwurf regelt ferner den Einfluß des Staates auf das Kirchenvermögen. — Der zweite Gesetzesentwurf ordnet die Rechtsver- hältnisse der kirchlichen Genossenschaften. Nach demselben ist zur Errichtung eines Klosters oder Anstalt einer kirchlichen Genossenschaft die Genehmigung des Staates und die Vorlage der Statuten erforderlich. Im Falle der Nichtgeneh- migung soll die betreffende kirchliche Corporation aufgehoben resp. derselben die Bewilligung ent- zogen werden. Wenn ein Mitglied einer kirchlichen Corporation vor der politischen Be- hörde seinen Austritt erklärt, soll dasselbe vom Staate als ausgeschieden betrachtet werden. Die Vorstände der Corporationen sollen alljährlich ein Verzeichnis der Mitglieder bei den staatlichen Behörden einreichen und die erteilten Disciplinar- strafen angeben. Stiftungen, Schenkungen, Legate zu Gunsten kirchlicher Corporationen sollen der staatlichen Genehmigung bedürfen. Bei Verdacht gesetzwidriger Vorgänge kann eine Visitation durch die Staatsbehörden erfolgen. Zur Niederlassung auswärtiger kirchlicher Corporationen oder zur Er- werbung von Grundbesitz für die inländischen ist ebenfalls Genehmigung des Staates erforderlich. — Der dritte Gesetzesentwurf regelt die Beiträge aus dem Vermögen der Priester zu dem Reli- gionsfonds behufs Deckung der Bedürfnisse des katholischen Cultus. Die Beiträge sollen auch zur Aufbesserung des Einkommens der Geistlichkeit und zur Deckung des bisher aus den Staatsfinanzen bestrittenen Aufwandes dienen. — Der vierte Ge- setzentwurf enthält Bestimmungen über die gesetz- liche Anerkennung der noch nicht anerkannten Re- ligionsgenossenschaften. Derselbe soll erfolgen, wenn die Religionslehre, der Gottesdienst und die Ver- fassung dieser Genossenschaften nichts Gesetzwidri- ges oder sittlich Anstößiges enthält und die Ge- nossenschaft einen Namen führt, der keine Ver- legung Andersgläubiger involvirt. Die übrigen Bestimmungen sind den entsprechenden Bestimmungen über die bereits anerkannten kirchlichen Corpora- tionen analog. (W. T.)

Frankreich.

Paris, 19. Jan. Die italienische Regierung hat hier zu verschiedenen Malen wissen lassen, daß die zweideutige Politik, welche Frankreich in Ita-

lien verfolge, nicht mehr lange andauern dürfe. Italien sei in Folge derselben genöthigt, eine zu starke Armee zu erhalten und richte seine Finanzen zu Grunde. Es müsse deshalb Sicherheit haben, daß die französische Regierung sich nicht zum Werkzeuge der ultramontanen Bestrebungen mache. — Der „Monde“ behauptet, der deutsche Kronprinz sei ein Gegner der anti-ultramontanen Politik Bismarck's und die letztere werde nicht lange mehr Stand halten. Der Kronprinz lieft nach ihm täg- lich die „Germania“ und andere ultramontane Blätter. Forderungen, Bismarck und Miquel be- reiten sich schon darauf vor, die Erbschaft des Reichs- kanzlers anzutreten. — „Gazette de France“ er- kennt in der Sprache der republikanischen Blätter den Beweis einer wahren Conspiration zwischen Fürst Bismarck und den französischen Republikan- ern, weil sie beide den Katholicismus bekämpfen.

— Ein Morgenblatt macht heute die Enthüllung, daß die Regierung dem Herzog von Aumale in Besancon eine förmliche Statthalterschaft einge- richtet hat. Die Divisions-Generale, der Präfect, der General-Procurator, die Schulräthe, kurz, was nur immer einer amtlichen Stellung ähnlich sieht, ist aus bewährten Orleanisten rekrutirt worden: die bisherigen Inhaber dieser Posten wurden in alle vier Winde zerstreut und der Herzog von Au- male ist einstweilen ein wirklicher Herzog des Doubs, bis er, wie man glaubt, dem nächsten Kriegesministers Herrn von Aubertin-Pasquier als Generalissimus oder Commetable an die Seite ge- stellt wird.

— Benillot ist gestern zu Broglie berufen worden, der ihm sein tiefes Bedauern über die Nothwendigkeit der gegen ihn genommenen Maß- regel ausdrückte.

Italien.

Rom, 17. Jan. Die „Unita Nazionale“ theilt mit, daß vor einigen Tagen ein Arzt mit einer anderen hohe Persönlichkeit vom Hofe Kaiser Wilhelm's in Neapel angekommen seien und im Hotel de Naples abgeblieben sind. Das genannte Blatt versichert, daß diese Herren dorthin gekommen sind, um Portici und Sorrent zu be- suchen, um zu constatiren, welcher von beiden Orten der beste sei zu einem mehrwöchentlichen Aufenthalt für den Kaiser von Deutschland. Di- beiden Herren haben dem Grafen Roos einer Besuch abgestattet und sind dann über den Brenner nach Berlin zurückgekehrt.

England.

London, 21. Jan. In Osborne traf ein Courier von Petersburg mit einem Geschenke der Kaiserin an die Königin Victoria ein, welches in einem von Richter gemalten Bildnisse der Groß- fürstin Marie besteht. — Gladstone hat den Empfang einer 264,000 Witsfeller vertretenden Deputation zugesagt, welche ihm die Einführung des allgemeinen Wahlrechts an's Herz legen will. — „Morning Advertiser“ will aus sehr zu- verlässiger Quelle wissen, daß das Ministerium einen Gesetzesvorschlag einzubringen gedenkt, nach welchem die hauptsächlichsten Krondomains ver- kauft und der Ertrag zur Verringerung der Staatschuld benutzt, so wie ferner das Amt für Waldungen abgeschafft werden sollen.

In Schottland hat am 17. d. ein heftiger Sturm getobt. In der Girth of Forth und selbst in dem Hafen Granton wurden viele Schiffe von ihren Anker losgerissen. In Glasgow wurden Häuser und Schiffe beträchtlich beschädigt, aber auch in anderen Häfen kamen Unglücksfälle vor. Mehrere Personen wurden verlegt, doch ist bis- jetzt von Verlusten an Menschenleben nichts be- kannt. In Perth wurden die Straßen in hohem Grade unsicher gemacht durch das Herabfallen der Dächer von den Häusern.

Rußland.

Petersburg, 20. Januar. Der Kronprinz und die Kronprinzessin des deutschen Reichs und von Preußen sind heute Nachmittag hier einge- troffen und vom Kaiser und den hier anwesenden englischen Prinzen empfangen worden. — Nach offizieller Ankündigung ist die Feier der Vermäh- lung des Herzogs von Edinburgh nunmehr auf den 23. d. (11. a. St.) festgesetzt. (W. T.)

Amerika.

Washington, 20. Jan. Das Finanzcomité des Congresses empfiehlt die Circulation des Papiergeldes auf 400 Millionen Dollars zu be- schränken und erklärt sich mit einer neuen Emis- sion Reservenoten einverstanden. (W. T.)

Abgeordnetenhaus.

32. Sitzung am 21. Januar. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung verliest der Abg. Prinz Handjery ein Schreiben des Ritterguts- besizers Schwabach, worin derselbe die Erklärung ab- giebt, daß Prinz Handjery mit Bezug auf die Kreis- tagswahlen ihm weder ein Versprechen abgenommen, einen bestimmten Candidaten zu wählen, noch daß er (Schwabach) ein solches Versprechen abgegeben, noch daß er endlich dem Abg. Laster eine Mittheilung dar- über gemacht habe. — Vicepräsident Dr. Löwe be- merkt, daß der Abg. Prinz Handjery in seiner gestrigen Erwiderung dem Abg. Laster gegenüber einen Aus- druck gebraucht habe, den er, falls er ihn verstanden, als nicht in der Ordnung zurückgewiesen haben würde. — Abg. Laster: Die Angaben, die ich gemacht habe, habe ich nicht von Herrn Schwabach erhalten, sondern sie von glaubwürdiger Seite als aus dem Munde des Hrn. Schwabach kommend hier mitgeteilt. So- dann muß ich auch die Mittheilung machen, daß ich auch darauf vorbereitet gewesen bin, daß der Herr Abgeordnete, der ein sehr kluger Mann ist (Geiterleit) und sich genau die Zeugnisse ausstellen zu lassen weiß, wie er sie abgefaßt haben will (Hoh), an einer andern Stelle bereits eine rigbare Handlung in gleicher Weise zu rechtfertigen gesucht hat. Uebrigens ist dieser Fall nicht vereinzelt, sondern wenn er die Güte haben will, weitere Namen entgegenzunehmen, so werde ich sie ihm persönlich mittheilen unter Bürgschaft der Personen, die mir die Mittheilungen gemacht haben.

Erste Berathung des Gesetzesentwurfes betreffend die Vereinigung des Ober-Appellations-gerichts mit dem Ober-Tribunal. — Justizminister Leonhardt: Der Inhalt der Vorlage ist einfach, zudem hat sie nur einen provisorischen Charakter, nämlich bis zur Schaffung eines obersten Reichs- Gerichtshofes. Dies gebietet, an den bestehenden Zu- schriften möglichst wenig zu ändern, es wird mir ein neuer Senat zum Obertribunal hinzutreten; derselbe wird diejenigen Civilsachen behandeln, für die er als bisheriges Ober-Appellationsgericht competent war, es sei denn durch das Geschäftsbedürfnis geordert, vielleicht einzelne Materien abzweigen, nämlich solche, bei denen allen Provinzen gemeinsame Gesetze in Be- rücksichtigung kommen. — Abg. Bähr (Kassel) beantragt Ueberweisung an die Justiz-Commission. Nach kurzer

Debatte wird der Antrag abgelehnt, dagegen auf An- trag Laster's die zweite Berathung auf einige Tage ausgesetzt.

Erste Berathung des Antrags des Abgeordneten Dr. Friedenthal und Gen. auf Annahme des Ent- wurfs einer Kreisordnung für die Provinz Posen. Abg. Dr. Friedenthal: Nicht eine moralische oder intellektuelle Minderbefähigung wurde als Motiv für die Nichterführung der Kreisordnung in die Provinz Posen behauptet, im Gegentheil sind die Bewohner derselben gerade zur Selbstverwaltung vorzugsweise geeignet. Es waren die tiefergehenden Gegenstände in dieser Provinz, hergeleitet aus historischen Reminis- cenzen, welche von jener Einführung Abstand nehmen ließen. Nun wäre es in einer Provinz, wo man die Landwirthschaft und die Creditverhältnisse nach Abstim- mung scheidet und deutsch und polnisch behandelt, in der That eine Illusion, anzunehmen, daß in diesen weit- tragenden communalen Verhältnissen jene Bewegung der Abstammungsgegenstände ausgeschlossen sei. Wenn in dieser Beziehung abweichende Verhältnisse vorliegen, wie die anderen fünf Provinzen sie nicht kennen, so folgt nicht daraus, daß nun die ganze Selbstverwal- tungsreform vor den Grenzen der Provinz Posen halt- machen müsse. Es scheint mir keinen verkehrteren Grund zu geben, als die Provinz Posen von der Reform auszuschließen, daß hiesige gerade die Gegen- stände für alle Zeiten vereinigen. Der Ausschluß würde die ganze legislative Entwicklung jener Provinz abscheiden. Die Provinzial-Ordnung kann nicht in Posen eingeführt werden, ehe eine Kreisord- nung vorhanden ist; mit der Provinzialordnung aber fällt die Erstreckung der wirtschaftlichen Decentrali- sation auf jene Provinz; ebenso ist auch die Wegebau- gesetzgebung in einer zweckmäßigen und gerechten Wei- se auszuführen, ohne den Vorgang einer Kreisordnung. Auch in der Unterrichtsgesetzgebung kommen wir zu demselben Resultat. Was es sich im Volksschule oder höhere Schule, selbst um eine Universität handeln, so haben sich Gemeinde, Kreis und Provinz daran zu betheiligen. Wenn es anders verkehrt sein würde, die Provinz Posen von dem ganzen Fortgang der vater- ländischen Gesetzgebung zu isoliren, so mußte in dem ersten Augenblicke, wo die bei der Erhebung der Kreisordnung hindern Verhältnisse weggelassen waren, an die Ausdehnung derselben auf die Provinz Posen ge- gangen werden. Diesen Augenblick glaubten die Antragsteller jetzt gekommen, um so mehr, weil durch das in der letzten Session gegebene Gesetz über die Provinzialfonds auch die finanzielle Durchführbarkeit der Kreisordnung sicher gestellt ist. Es mußten Bestimmungen gesucht werden, welche den bestehenden abweichenden Verhält- nissen, jenen Gegenständen gegenüber als Schutzwehr dienen und den Gegenständen ein friedliches Neben- einanderbestehen ermöglichen konnten. So entstanden in Folge der abweichenden Verhältnisse abweichende gesetzliche Bestimmungen. Redner erbietet nun die prinzipiellen Abweichungen seiner Vorlage von der Kreisordnung der fünf andern Provinzen und schließt: Ich glaube, daß für große Richtungen der Gesetz- gebung eine ideale Anschauung nöthig ist, und daß sich die Richtung der Gesetzgebung nach großen idealen Richtungen des gesammten Völkerebens bestimmen müsse. Das war für uns entscheidend, vorzuschlagen, der Provinz Posen die Reform zuzuwenden; denn wir wollen auch dort die gesammte Volkstraft im Dienste des Staats organisiren. (Lebhafte Beifälle.) — Abg. v. Tempelhoff: Ich bin der einzige deutsche Abgeordnete aus der Provinz Posen, der die Vorlage nicht unterstützt. Der Vorschlag scheint mir das Gegenheil aller Selbstverwaltung zu sein. Man läßt dem Polizeibeamten seine Abhängigkeit nach oben, giebt ihm den schön klingenden Titel „Amtsvor- steher“ und macht ihn zum Vorgesetzten aller frei- gewählten Beamten und der Grundbesitzer, kurz man giebt ihm eine Menge Rechte, die nur einem Gren- zambesitzer zukommen. Das muß die Autorität der Groß- grundbesitzer, besonders bei der jetzigen Lage der Dinge, wo die sociale Bewegung immer drohender wird, noth- wendig schwächen. Lassen Sie uns eine bessere Zeit abwarten, dann wollen wir mit einer solchen Reform vorgehen, nicht jetzt in den Zeiten der leidenschaftlichen Erregung. — Abg. Witt: Es macht auf mich einen sehr lebhaften Eindruck, daß gerade der Vorredner die li- beralen Interessen der Provinz Posen vertreten will. Ich sehe, daß meine Freunde polnischer Nationalität immer mehr nach der andern Seite des Hauses hinübergerückt sind und den conservativen Amendements zugestimmt haben. Nun, wenn Jemand seine Privilegien, die im großen Grundbesitz bestehen, nicht aufgeben will, so kann ich mir erklären, daß er gegen die Vorlage stimmt. Aber ich bitte diese Herren dann doch, offen zu er- klären, daß sie deshalb dagegen stimmen, weil sie den Bauern und den Städten nicht die ihnen gebührende Gerechtigkeit widerfahren lassen wollen. Den großen Fortschritt, den diese Vorlage mit sich führen wird, werden Sie nicht verkennen, wenn Sie dieselbe mit den jetzt bestehenden Zuständen vergleichen. Bisher war der Districts-Commissarius das einzige Organ des Landraths, während jetzt diesem Beamten ein Amts- ausschuss aus Grundbesitzern und Bauern zur Seite steht. Wenn wir den thatsächlichen Verhältnissen eben- so Rechnung getragen haben, wie den Stimmungen der Re- gierung und den Stimmen aus der Provinz selbst, so werden Sie uns um so mehr unterstützen, als der jetzige Zustand der Provinz ganz unerträglich ist. — Abg. v. Wierzbinski: Wenn der Minister uns früher auseinandergelegt, daß wir erst Preußen und Deutsche werden müßten, ehe bei uns die Kreisord- nung eingeführt werden könnte, daß wir also noch nicht reif genug dazu seien, so will ich diese aufrichtige Erklärung hinnehmen; in den Auseinandersetzungen des Abg. Friedenthal aber sehe ich nichts als eine politische Heuchelei, die in jedem Paragraphen des Entwurfs durchblickt. Wir wissen die Vorthelle der Selbstver- waltung genug zu schätzen, aber wir können uns mit diesem Entwurf nicht einverstanden erklären, in dem wir nur allzu klar die Tendenz sehen, das polnische Element auf Kosten der Gerechtigkeit überall in der Minorität erscheinen zu lassen. Wir Polnen wollen auch eine Kreisordnung, aber eine wirklich freie. — Abg. Nolte: Der Entwurf solle kein Gemeinsamkeitsver- such sein, sondern sei mit der größten Objectivität abgefaßt worden. In einem Lande, wo zwei Na- tionalitäten sich feindlich gegenüberstehen, könne eine gedeihliche Selbstverwaltung nicht existiren, sofern die Organe dafür allein aus der Wahl hervor- gingen. Jede Partei würde dann das Interesse der Nationalität in den Vordergrund stellen und das Interesse der Selbstverwaltung vernachlässigen. Aus dieser Rücksicht sei in gewissen Fällen das Princip der Wahl verlassen und die staatliche Ernennung dafür festgesetzt worden. — Abg. Magdynski erinnert an die von Friedrich Wilhelm III., den die Welt den Gerechten nannte und der von Männern wie Stein und Hardenberg herab war, den Polen erteilten völlerrechtlichen Garantien, mit denen die neuerdings gegen Polen angewandte Politik schlecht harmonize. — Verhört bemerkt u. A. Abg. Dr. Friedenthal gegen v. Wierzbinski, daß er auf den Vorwurf politi- scher Heuchelei durch sachliche Widerlegung im Schooße der Commission zu antworten gedenke. — Abg. Sundt v. Hafften: Ich bin kein Gegner der Polen; der- darum will ich die wirtschaftlichen Vorthelle der Kreisordnung auch der Provinz Posen zuwenden. Man muß anerkennen, daß der Entwurf Polen und Deutsche gleichmäßig behandelt, und ich hoffe, daß dadurch die Regierung endlich zu einer gewissen Continuität ihrer Anschauungen kommen wird, die einen beständigen Wechsel der Beamten, wie er in der letzten Zeit stattgefunden hat, unmöglich macht. —

Minister Graf zu Eulenburg: Die Regierung hat keine Veranlassung, sich der Veranlassung einer Vorlage zu widersetzen, welche die Absicht hat, eine Menge Ein- richtungen, die in kurzer Frist für die alten Provinzen zur Geltung kommen, auf die Provinz Posen zu über- tragen. Ueber die Zweckmäßigkeit und Ausführbarkeit vieler Bestimmungen hat die Regierung manden Zweifel, indessen ist sie bereit, in commissarischer Be- rathung auf eine gründliche Besprechung einzugehen. — Abg. Wehr: Dem Abg. Tempelhoff gefällt die Kreisordnung für Posen nicht, weil sie der bevorzugten Stellung des großen Grundbesitzes ein Ende macht; und den polnischen Abgeordneten gefällt sie angeblich deshalb nicht, weil sie ihnen nicht liberal genug ist. Aber diese Herren haben kaum ein Recht, sich auf ihren weitergehenden Liberalismus zu berufen, sie, die gar nicht als Vertreter politischer Parteiprogramme her- vorgekommen sind, sondern ihre Mandate lediglich der clericalen Agitation verdanken. — Der Entwurf wird dar- auf einer Commission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Abg. v. Köller über den An- trag Miquel's, der der Agrarcommission überwiesen war. Zweck des Antrages ist die Domänenver- waltung in der Ausübung des Grundgesetzes zu kräf- tigen, daß kleine Parzellen verkauft oder ver- pachtet werden. Der Finanzminister hat wiederholt seinen guten Willen in dieser Richtung zu procediren ausgedrückt und der Commission bleibt nur übrig, die Staatsregierung zu eruchen, „auf dem beschränkten Wege weiter zu gehen und derselben zu empfehlen, unter dem Erwerb und die Erhaltung möglichst er- reichenden Bedingungen thunlichst auf die Bildung kleinerer und größerer Stellen aus den Domänen- und Forstländereien, wo die wirtschaftlichen und localen Verhältnisse dies rathsam erscheinen lassen, Bedacht zu nehmen, insbesondere in den geeigneten Fällen statt zu einer Verpachtung des Domänenkultus im Ganzen zu schreiten, dasselbe, oder Theile desselben, den vorhan- denen Stellen oder sonstigen Einwohnern angrenzender Dörftchen in einzelnen kleineren Parzellen eigenhüm- lich beziehungsweise pachtweise zu überlassen, dagegen von der Verschlagung größerer Complexe bedarfs- Anlage von neuen Colonien kleinerer Eigen- thümer und Arbeiter in der Regel abzusehen, endlich die Herstellung besserer eigener Wohnungen für die Häuslinge auf den Domänenvorwerken, sei es durch eigenen Bau neuer Wohnhäuser oder durch Unter- stützung banaltlicher Arbeiter kräftig zu befördern. — Neg.-Comm. Dreßler giebt eine Uebersicht über die Vertheilung von Domänen seit 1869. Danach sind von geschlossenen Domänen bereits 33 in Privatbesitz übergegangen, 9 sind noch dazu designirt. An joga- genannten nicht geschlossenen Domänen sind bereits 9443 Hectare veräußert worden. — Der Antrag der Commission wird nahezu einstimmig angenommen. — Nächste Sitzung: Freitag.

Danzig, 22. Januar.

* Der Cultusminister hat, wie uns mitgeteilt wird, eine Verfügung erlassen, wonach in allen nicht gesetzmäßig bestellten katholischen Pfarrstellen landesherrlichen Patronats — nicht bloß in denen, in welchen der Pfarrer „geperret“, sondern auch überall wo eine Vacanz eingetreten ist — eine vorläufige administrative Ver- waltung der Pfarrgrundstücke eintreten soll.

* Wie uns mitgeteilt wird, ist von Seiten des A. Provinzial-Schulcollegiums die Errich- tung eines Königl. Gymnasiums zu Danzig bei dem A. Staatsministerium beantragt worden.

* Die gemischte Commission, welche eingesetzt ist, um die durch den künftigen Wegfall des Com- munal-Zulages zur Mahl- und Schlachtsteuer gebotene Steuer-Reform vorzubereiten, hat den Beschluß gefaßt, den städtischen Behörden die Be- haltung der Schlachtsteuer als Communal- steuer zu empfehlen.

* Bei dem hiesigen gewerblichen Schieds- gericht sind im Jahre 1873 185 Klagen ange- bracht worden. Davon sind: 1. durch Verfügung zurückgewiesen 26, 2. zurückgezogen 35, 3. durch Vergleich beendet 30, 4. durch Spruch des Schieds- gerichts entschieden 92. Unbeendet waren am Schlusse des Jahres 2 Fälle.

* Das nach den Vorschlägen der Kreis- versammlung aufgestellte (von uns früher ver- öffentlichte) Tableau der Amtsbezirke des hie- sigen Landkreises, das an den Herrn Minister des Innern zur definitiven Feststellung abgeant wor- den war, ist von diesem im großen Ganzen ge- nehmigt, in folgenden Punkten aber abgeändert worden:

Dem vom Kreistag vorgeschlagene 4. Bezirk (Steegen und Junkerader mit dem herr. Theil der Nehrunger Forst) sind noch die Dörftchen Poppan, Fischerballe, Glabitsch, Steegenerwerder, Junker- trohl, Junkertrohlhof und Ziesewald, aus welchen nach dem Vorschlage des Kreistages der 5. Bezirk gebildet werden sollte, zugeschlagen worden.

Dem 24. (früher 25.) Bezirk (Rantan, Al- und Hoch-Kelpien, Schödelkau, Ottomin und Sulmin) ist noch die früher dem 26. Bezirk zugewiesene Ort- schaft Mäggen zugeschlagen worden, wogegen dem 25. (früher 26.) Bezirk (Mäggen, Emaus und Schellingsfelde) nach Abnahme von Mäggen die Dörftchen Sonneberg zugetheilt worden ist. Letzterer Ort sollte nach dem Vorschlage des Kreistages einen eigenen Amtsbezirk bilden, was der Minister nicht genehmigt hat.

Der vorgeschlagene 31. Bezirk ist durch den Minister in zwei Amtsbezirke (29. und 30.) zerlegt worden, so daß die Dörftchen Kemnade, Rott- mannsdorf, Straßlin, Gut und Gemeinde Borg- feld und Brangschin den 29., Artschau, Goshin und Al. Böhlan dagegen den 30. Bezirk bilden.

Die Dörftchen Zippau ist dem früheren 32. Bezirk (Rostau, Woyanow, Woyanowertel, Praust, Gischau und Zippau) abgenommen und dem früheren 33. (jetzt 32.) Bezirk (Ruffoschin, Bangschin, Boren- schin, Woyanow, Schwintsch, Gr. und Al. Suffschin) zugeschlagen.

Aus den beiden früheren Amtsbezirken 37 und 38 sind 3 Bezirke (36., 37. und 38.) gebildet worden, so daß nunmehr der 36. aus Senslau, Rambelisch und Koshling, der 37. aus Domane und Gemeinde Mählsau und Malsin, der 38. aus Wlslau, Hohenstein und Schönwarling besteht.

Der frühere 42. Amtsbezirk (Sastoschin, Dommachau und Meisterswalde) ist aufgelöst, und diese 3 Dörftchen sind dem 41. Bezirk (Gernian, Grenzdorf, Brannsdorf, Woyanowertel und Forstbelauf Pfarrertrug) zugetheilt worden.

* Von Seiten des Kriegs-Ministeriums ist die Errichtung eines Kriegs-Laboratoriums in Danzig bestimmt worden. Zum Bauplatz ist der Hof des Bapstion Einborn, in welchem die Antikontamination des Pflanzen-Insectors liegt die geräumt werden muß, anzuweisen. Um das Establishment des Kriegs-Labo- ratoriums wird ein Rayon abgegrenzt werden, inner- halb dessen keine Feuerstelle abgebaut wird, und keine feuergefährlichen oder leicht Feuer fangenden Gegen-

